



Bild: Marco Zanoni

**Hörspielproduktion.
Die Tonaufnahmen im
Hörspielstudio Basel
SR DRS. Eine Reportage
des Berner Fotografen
Marco Zanoni**

Die SRG SSR steht mit ihrem Gebührenantrag im Regen: Der zuständige Bundesrat Leuenberger hat den Gebührenantrag als «happig» bezeichnet, bevor er ihn – unüblich – materiell behandelt hat. Der Preisüberwacher schimpft den stellvertretenden SRG-Generalsekretär als «geschwätzig». Die SVP verlangt eine Senkung der Gebühren oder noch besser die Privatisierung der SRG SSR mit einem massiven Programmabbau. Die FDP lässt verlauten, sie sei nach einem Gespräch mit der SRG SSR nicht befriedigt, der CVP-Präsident kritisiert heftig und findet, höchstens drei Prozent für den Teuerungsausgleich bis 2010 sei angemessen, skeptische Töne hörte man auch aus der SP. Der «Blick» verlangt eine Senkung der SRG-Gebühren, ebenso die NZZ, und westschweizer Blätter schiessen gegen die SRG. Die SRG SSR ist in der politischen Defensive. Das erstaunt, denn bei der kürzlichen Revision des RTVG konnte die SRG SSR im Parlament auf einen breit abgestützten Goodwill zählen. Die Einschaltquoten der verschiedenen SRG-Programme sind gut bis sehr gut. Die Bewertungen des Publikums liegen im oberen Bereich. Und die Glaubwürdigkeit der Info-Bereiche wird sehr hoch bewertet. Warum also diese Front gegen den Gebührenantrag?

Naheliegende These eins: Populismus. Vom Preisüberwacher über die Parteien bis zum Bundesrat versucht man sich mit einer Rückweisung der Gebührenforderung beim Konsumenten beliebt zu machen. Zudem eignet sich die SRG SSR gut für Profilierungsaktionen der Parteien: weil sie jeder kennt, weil sich jeder da und dort beim Programm mal aufregt, kommt man mit den absurdesten Vorwürfen in die Schlagzeilen und kann punkten.

Die Erhöhung ist eine Kompensation

These Nummer zwei: Nicht die 30 Franken Erhöhung, sondern die Höhe der Gebühr an sich oder das Finanzgebaren der SRG SSR werden in Frage gestellt. Die nüchternen Fakten dazu sind: Ein Zeitungsabo des Blick kostet 312 Franken, jenes der NZZ 434, die Gebühr für alle SRG-Programme (inklusive Gebührensplitting und Empfangsgebühr) zusammen 450 Franken. Die Eidgenössische Finanzkontrolle bewertet die Finanzpraxis der SRG SSR als «haushälterisch». Und die Weltwoche lobt, die SRG SSR habe die Kostenentwicklung nicht schlecht im Griff und lege jetzt ein respektables Sparpaket vor.

Viel Lärm um die SRG-Gebühren

Von Philipp Cueni

These drei: Die Argumente für die Gebührenerhöhung überzeugen nicht. Die nüchternen Fakten dazu sind: Die SRG SSR hat in den letzten Jahren Verluste erlitten oder wird sie hinnehmen müssen durch das höhere Gebührensplitting, durch neue Restriktionen bei der Werbung, durch neue Verpflichtungen zugunsten von Sinnesbehinderten, durch die soziale Gebührenbefreiung, durch die Teuerung von 5.6% seit der letzten Gebührenerhöhung im Jahre 2000 (Mai 00 bis September 06). Die SRG SSR spricht von 54 Millionen weniger an Gebührenmitteln als anno 2000 alleine durch die beiden letztgenannten Faktoren. Nur ein Teil dieser Verluste ist durch den Wegfall bisheriger Aufwendungen (zum Beispiel in der Distribution) kompensiert worden. Ein Teil der verlangten Gebührenerhöhung stellt faktisch eine Kompensation und keinen realen Zuwachs dar. Darüber hinaus will die SRG SSR mit zusätzlichen Gebührengeldern neue Technologien und neue Distributionsformen sowie die gestiegenen Rechte-Kosten für Sportübertragungen und Spielfilme finanzieren.

Bleibt nach drei Thesen allenfalls die Frage, ob die SRG-Spitze gegenüber Verwaltung und Politik so unglücklich agiert hat, dass sie alle gegen sich aufgebracht hat. Das wäre angesichts der parteipolitischen Nähe von SRG-Exponenten (Walpen CVP, Fünfschilling FDP) eigentlich erstaunlich. Aber die Chemie zwischen der SRG SSR und «der Politik» stimmt zur Zeit nicht. Und offensichtlich hat es das Kommunikationsunternehmen SRG SSR bisher nicht geschafft, Publikum und Politik von einer Gebührenerhöhung zu überzeugen. Es ist ihr nicht gelungen aufzuzeigen, wofür sie genau die geforderten Mittel benötigt oder welche Auswirkungen eine Finanzierungslücke konkret hätte. Ungünstig für die Gebührendebatte war sicher auch die aktuelle Programmpolitik beim

Münch: «Nicht verpolitisieren»

gazette: Die Gebührenerhöhung ist zu einem Politikum geworden und die Parteien haben in die Debatte eingegriffen. Diese sind gegenüber der SRG und dem Gebührenantrag sehr negativ eingestellt – anders noch, als bei der RTVG-Debatte im Parlament.

Jean-Bernard Münch: Ich bin nicht sicher, ob die Stimmung allgemein so negativ ist. Bei einzelnen Parteien war das entsprechend der Diskussion zum RTVG zu erwarten, bei anderen wurden gewisse Politiker überrascht durch Presseberichte. Durch die Veröffentlichung von vertraulichen Unterlagen war die SRG in der Debatte eingeschränkt, aber seitdem wir über unsere Eingabe öffentlich orientieren konnten, ist das Klima ruhiger geworden. Zumindest sind die Parteien weniger kritisch als vorher. Aber es gibt diese sehr kritischen Stimmen einzelner Politiker. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir vor einem Wahljahr stehen, und Preiserhöhungen sind unbeliebt.

Statt die Sache zu beurteilen, sich als Partei nach der Stimmung in der Bevölkerung zu orientieren – das ist Populismus.

Eine Entscheidung über eine Gebührenerhöhung liegt gewollt in der Kompetenz des Bundesrates, damit Gebührenerentscheide nicht verpolitisiert werden können. Es ist das gute Recht der Parteien, sich darüber auszusprechen. Aber entscheiden wird der Bundesrat, der sich auf fundierte Berichte von Bakom, Preisüberwacher und Departement stützt.

Aber der Bundesrat wird doch auf die Stimmung in den Parteien hören.

Es wäre möglich, aber es ist nicht unbedingt so. Bei früheren Gebührenerentscheiden hat sich gezeigt, dass der Bun-

desrat sich kaum von irgendjemand beeinflussen lässt. Geändert hat sich aber, dass ein Teil der Presse gegen die SRG Stellung bezieht. Einzelne Journalisten suchen nach kritischen Stimmen in den Parteien. Parteien und Presse dürfen selbstverständlich ihre Meinung äussern, aber es ist eine Frage der Vernunft, dass sich die Bundesräte dadurch nicht beeinflussen lassen. Und ich glaube kaum, dass dies passiert.

Trotzdem hat die SRG mit den Parteien offenbar Gespräche geführt und die FDP hat im Blick verlauten lassen, sie sei «enttäuscht» davon. Wissen Sie, worüber?

Wir haben die Parteisekretariate parallel zur Medienkonferenz über den Bericht informiert, damit sie bei Anfragen informiert Stellung beziehen können. Aber auch wenn FDP-Generalsekretär Guido Schommer eine Meinung aufgrund einer schnellen Durchsicht unseres Berichtes äusserte, werden von der FDP letztlich die Bundesräte Couchepin und Merz aufgrund von soliden Analysen entscheiden.

Im Verwaltungsrat der SRG sitzen auch Exponenten von CVP und FDP. Fühlen Sie sich von diesen Parteien im Stich gelassen?

Gar nicht. Verwaltungsräte sind von den Parteien völlig unabhängig und umgekehrt. Es gibt kritische Stimmen in diesen Parteien, aber auch die stark verbreitete Meinung, es sei nicht Angelegenheit der Partei. Eine Gebührenerentscheidung sollte nicht von parteipolitischen Überlegungen ausgehen, das wäre fatal. Schliesslich muss man der SRG auch jene Mittel zubilligen, die sie zur Erfüllung des Auftrages braucht. Man kann ja auch nicht beschliessen, die Subventionen an die SBB um 50% zu re-

duzieren, nur weil es einem politisch gerade passt, sondern die SBB muss jene Finanzen erhalten, um die vereinbarte Leistung zu erbringen. Die Gebührenfrage muss sachlich angegangen werden und darf nicht verpolitisiert werden. Ich wäre enttäuscht, wenn die Parteien das tun würden.

In der Westschweiz ist die Stimmung gegenüber der SRG besonders schlecht, warum?

Wegen der Marotte einzelner Journalisten. Es sind einige Journalisten, welche der Meinung sind, die SRG habe zu viel Erfolg und zuviel Geld, die Presse hingegen müsse leiden und abbauen. Und so wird gegen die SRG geschossen.

Diese Zeitungsberichte bilden die Stimmung der Romandie also nicht ab, sondern versuchen sie zu machen?

Ja, nicht Reflexion, sondern Stimmungsmache, einzelne Zeitungen haben Feuer gelegt.

Medienkritik von Seiten der SRG: Die Medien haben halt die Aufgabe, zu überprüfen und zu kritisieren.

Unbedingt. Ich habe lediglich Ihre Frage beantwortet. Diese Kritiken haben keine allgemeine Stimmung reflektiert, sondern basieren allein auf der Meinung ihrer Autoren. Die Qualitätsforschung, die wir regelmässig betreiben, zeigt, dass die grosse Mehrheit des Publikums mit unseren Angeboten zufrieden ist.

Die SRG hat seit dem Jahre 2000 lange mit einem Gebührenantrag gewartet, jetzt sind es gleich etwa 6.5 Prozent. War das Zuwarten ein taktischer Fehler?

Erstens haben wir keinen Antrag gestellt, sondern auf Wunsch des Departements über unsere finanziellen Bedürfnisse berichtet. Wir konnten den Kalender nicht bestimmen. Solange wir durch

Rationalisierung und die Zunahme der Gebührenzahler das Programmangebot ohne Gebührenanpassung finanzieren konnten, gab es keinen Grund für eine Anpassung. Dann gab es eine Gebührenerhöhung als Teil-Kompensation für den sozialen Gebührenerlass. Daraus resultierte für uns netto ein Verlust, aber für den zahlenden Gebührenzahler war es trotzdem eine Erhöhung. Bis 2006 war eine Gebührenerhöhung nicht unbedingt notwendig. Inzwischen sind das RTVG und die Verordnung durch, und jetzt ist eine Anpassung unbedingt notwendig. Persönlich finde ich das britische System sehr gut, wo jährlich kleinere Anpassungen stattfinden.

Herr Walpen hat angekündigt, es gebe Programmabstriche und Entlassungen, falls die Gebührenerhöhung lediglich 2.4 Prozent betrage. Gibt es für einen solchen Fall ein Szenario?

Wenn wir weniger Geld erhalten als unsere Bedürfnisse, müssen wir weitere Sparmassnahmen beschliessen. Auch die EFK hat bestätigt, dass unsere Rationalisierungsmarge sehr eng ist. Es ist nicht möglich zu sparen, ohne die Leistungen, das Programm zu tangieren. Es gibt sicher Szenarien auf Ebene der Geschäftsleitung, aber dem Verwaltungsrat sind diese noch nicht bekannt.

Wäre es nicht sinnvoll jetzt darzulegen, was dann allenfalls im Programm fehlen würde?

Sicher nicht. Auch in der aktuellen Polemik kommt jeder Journalist mit seinem eigenen Rezept: einfacher zu produzieren, Ketten schliessen, kein online-Angebot, den service public zu reduzieren, die Zuteilung an die italienische Schweiz zu verkleinern, usw. Das wird lächerlich. Wenn wir jetzt sagen würden, mit weniger Geld müssen wir zum Beispiel auf die grossen Sportübertragun-

gen verzichten, dann sind jene zufrieden, welche Sport nicht interessiert, und die Sportfans heulen und schlagen andere Programmteile vor, die man abbauen soll. Damit hätte man nichts gewonnen. Wir werden unsere Finanzplanung erst definitiv festlegen, wenn die Verordnung unter Dach ist.

Sie tönen in Bezug auf den Gebührenerhöhung optimistisch.

Jein. Es ist eine schwierige Entscheidung für den Bundesrat, weil er gleichzeitig die Kosten des neuen Gesetzes decken und die dargelegten Finanzbedürfnisse der SRG befriedigen muss. Es ist meine Hoffnung, dass unser Finanzbedarf voll akzeptiert wird, weil es sachgerecht wäre, aber überoptimistisch bin ich nicht wegen dem allgemeinen Widerstand gegen Preiserhöhungen, auch wenn diese weit unter der allgemeinen Preisentwicklung stehen würde. Dass der Bundesrat wesentliche Abstriche machen würde, glaube ich aber auch nicht. Der Bundesrat hat auch in der Botschaft zum RTVG-Entwurf klar gesagt, das dürfe nicht auf Kosten der SRG gehen, weil der SRG eine Hauptrolle zukommt und sie gegen die ausländische Konkurrenz kämpfen muss. Der Bundesrat wird seine Meinung kaum plötzlich völlig ändern. ◀

Jean-Bernard Münch ist Präsident des Zentralrates der SRG SSR.

Schweizer Fernsehen, welche zwischen Programm-Auftrag, Quoten-Denken und Kommerz schlingert und damit alle möglichen Angriffspunkte bietet.

Konsequenzen diskutieren

Wenn aus politischen Kreisen ein Herunterfahren der SRG-Programme verlangt wird, dann müsste man gleichzeitig auch sagen, dass dann vermutlich ein Teil des Sports nicht mehr finanziert werden kann und diese dann ins Bezahlfernsehen abwandern – was den Konsumenten teurer kommen wird. Man müsste sagen, dass der Schweizer Spielfilm einen wichtigen und unersetzlichen Partner und Koproduzenten vermutlich verlieren würde – und Spielfilme des internationalen Angebotes auch nur noch im Pay-TV zu sehen wären. Dann müsste man sagen, dass vermutlich zu wenig Geld für eigene grosse Unterhaltungskisten vorhanden wäre und das Publikum auf ausländische Unterhaltungssendungen ausweichen muss, denn solche Kisten sind auf dem kleinen Markt der Schweizer Sprachregionen kommerziell nicht zu refinanzieren. Ein reduziertes Programm aber würde permanente Kritik provozieren, warum die SRG SSR genau dieses oder jenes nicht im Programm hätte. Man müsste also auf die Konsequenz hinweisen, dass das geschrumpfte Programm der SRG SSR nicht mehr jene Publikums-Quoten von heute erreichen wird und die Gebühren mit einem solchen Nischenprogramm noch mehr unter Druck geraten würden. Und man müsste darauf hinweisen, dass die Forderung nach einer zentralisierteren (statt föderalen) Produktionsstruktur die ganze idée suisse und damit das politische Fundament der SRG SSR in der Schweiz ins Wanken bringen würde. Vor allem aber und grundsätzlich müsste davor gewarnt werden, dass die vielen auch kleinen, aber teuren Programme mit Schweizer-Bezug von keinen Privaten und keinen ausländischen Sendern ersetzt würden.

Diese Debatte findet kaum statt, dafür viel politischer Lärm. Aber jede Regenfront zieht einmal vorbei. Zu hoffen ist das. Denn so absurd es tönt: Der Entscheid über die 30 Franken Gebührenerhöhung ist ein Entscheid über die Entwicklungschancen eines Schweizer Qualität-Rundfunks, vor allem im Fernsehbereich. ◀

Die Schauspielerin Paula Dombrowski bei der Vorbesprechung des Textes.

Bild: Marco Zanoni

